

# Aktuelles aus der Hauptstadt von Ihrem **CDU** – Bundestagsabgeordneten Dr. Michael Fuchs

*Brief aus Berlin - Mai 2012*

Ausgabe 9 / 11. Mai 2012

Liebe Leserinnen und Leser,

auch nach diesem Wahlsonntag steht fest: Die Union ist und bleibt die stärkste politische Kraft im Land. Trotz neuer Parteien im Landtag hat die CDU in Schleswig-Holstein ihren Anteil halten können und steht in der Wählergunst an erster Stelle. SPD und Grüne dagegen haben keine eigene Mehrheit und ihre vielfach als „Projekt“ überhöhte Politik wurde von den Menschen als „Gestern-Bündnis“ abgelehnt. Die Linke hat sich mit ihrer weltfremden Politik aus dem Landtag herauskatapultiert. Dafür werden die Piraten vom Netz auf die harten Bänke des parlamentarischen Alltags wechseln. Die FDP hat ihr zweitbestes Ergebnis erzielt. Die Partei der dänischen Minderheit (SSW), die von der Fünf-Prozent-Hürde befreit ist, könnte zum Zünglein an der Waage werden. Doch in einem Land der Haushaltsnotlage muss eine stabile Regierung gebildet werden – schwache Mehrheiten haben gerade in Schleswig-Holstein eine ganz eigene Geschichte. Die CDU steht als Partei der Verantwortung zur Bildung einer auf breiter Mehrheit fußenden Regierung bereit.

Fatal wäre, wenn die Opposition im Deutschen Bundestag aus den Wahlen jetzt den Schluss ziehen würde, die europäische Politik für Währungsstabilität und Wachstum zu unterhöhlen. Die Wahlen in Griechenland und der Präsidentenwechsel in Frankreich können und dürfen kein Anlass dafür sein, die alten sozialistischen Ideen des leichten Geldes und der verantwortungslosen Verschuldung etwa in der Form von Euro-Bonds wieder auszugraben. Der Fiskalpakt und die Vereinbarungen für Wachstum und Beschäftigung sind und bleiben aus unserer Sicht unverzichtbar. Dazu gehört, dass wir in Deutschland selbst unsere Maßstäbe einhalten. Auch über diese Frage wird bei Landtagswahlen entschieden. So darf es in Nordrhein-Westfalen kein Zurück zu verfassungswidrigen Haushalten geben. Wachstum kann man nicht kaufen, schon gar nicht auf Pump, sondern muss es sich u. a. durch Strukturreformen erarbeiten. Das Fazit des Wahltags heißt: Die Union ist in unserem in Bewegung geratenen Parteienspektrum der Stabilitätsanker, so wie es die von Angela Merkel geführte Bundesregierung in und für Europa ist.

Ihr



## Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin



Am Donnerstag haben wir im Anschluss an die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zum G8-Gipfel vom 18./19. Mai 2012 in Camp David und zum NATO-Gipfel vom

20./21. Mai 2012 in Chicago über die globale Wirtschaftslage, die Situation in Afghanistan, die Initiative der G8-Staaten zur Unterstützung des Demokratisierungsprozesses und der wirtschaftlichen Entwicklung in den Ländern des nordafrikanisch-arabischen Raums (sog. Deauville-Partnerschaft) sowie die Handelspolitik (Doha-Runde) debattiert.

Mit der Regierungserklärung durch Bundeskanzlerin Angela Merkel verdeutlicht die unionsgeführte Bundesregierung das klare Bekenntnis Deutschlands zur Einbindung in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft.

Außerdem kam die Rolle der NATO nach dem Abzug aus Afghanistan und die Finanzierung der afghanischen Sicherheitskräfte zur Sprache. Beim Thema „Smart Defense“ geht es um Bündelung militärischer Kapazitäten, um die anstehenden militärischen Aufgaben angesichts knapper Staatskassen erfüllen zu können. Eine wichtige Rolle wird auch das Thema Raketenabwehr spielen.

## Anti-Piraterie-Einsatz

Mit der namentlichen Abstimmung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streit-

kräfte an der EU-geführten Operation Atalanta zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias wollen wir die seit Dezember 2008 an der ostafrikanischen Küste operierenden internationalen Marineverbände in die Lage versetzen, durch Einbeziehung des Küstenstreifens effektiver gegen die Piraten vorzugehen.

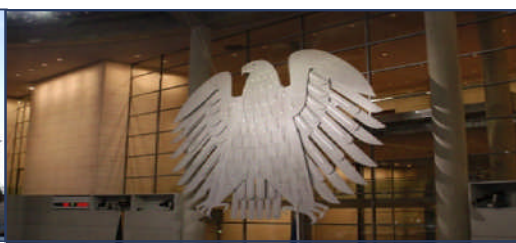


SPD und Grüne wollen erstmals nicht zustimmen, sondern die Piraten an ihren Küstenstützpunkten gewähren lassen. Damit verweigern sie sich nicht nur einem vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mandatierten Einsatz, sondern stellen sich au-

ßerhalb des europäischen Konsenses. Bis zu 1.400 Soldaten der Bundeswehr können für die Operation ATALANTA eingesetzt werden. Aktuell sind ca. 340 Deutsche dort im Einsatz.

## Zivile Sicherheit fördern

Mit unserer Zustimmung zur Beschlussempfehlung *Forschung für die zivile Sicherheit* fördern wir die Forschung für die zivile Sicherheit und stärken in diesem Bereich die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen. Seit 2007 konnten hier bereits 250 Mio. Euro mit entsprechender Hebelwirkung investiert und zahlreiche Partnerschaften zwischen deutschen Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen begründet werden. Auf diese Weise ist der Wirtschaftsstandort Deutschland hervorragend auf die weitere Beteiligung an der europäischen Sicherheitsforschung vorbereitet. Mit Umsetzung unseres Antrags binden wir Endnutzer noch enger in die Projekte ein und bauen den Anteil der kleinen und mittleren Unternehmen aus.



## Ältere werden gebraucht – Ältere engagieren sich stärker

Für die Bewältigung der demografischen Herausforderung muss Deutschland zusammenstehen. Unser Land braucht die Begeisterung und die frischen Ideen junger erfolgreicher Menschen. Ebenso benötigen wir die Lebenserfahrung und die Kenntnisse der älteren Mitbürger. Dies setzt positive neue Vorstellungen und Bilder vom Alter und Älterwerden voraus, die auch die veränderten gesellschaftlichen Umstände berücksichtigen. Mit unserem Antrag zum sechsten Altenbericht der Bundesregierung setzen wir daher auf einen Mentalitätswechsel: Ältere, ihr Wissen, ihr Können und ihre Erfahrung sind wertvoll und nützlich. Wir haben Vertrauen in eine positive Entwicklung und sehen bereits Anzeichen für eine neue Einstellung Älteren gegenüber. Eindeutig lässt sich nachvollziehen, dass die Bereitschaft und die Möglichkeiten der älteren Mitbürger zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Teilhabe, zum Mitmachen, steigt. So hat etwa die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung 60 bis 64jähriger einen neuen Höchststand erreicht: Trotz der weltweiten Wirtschaftskrise seit 2008 ist sie von 18,2 % im März 2007 auf 28,3 % Ende September 2011 gestiegen. Auch die absolute Zahl der Beschäftigten dieser Altersgruppe steigt: Ende September 2011 wurde der Stand von März 2007 um 70 % übertroffen. All dies zeigt: Wir sind auf dem richtigen Weg.

## Unterstützung der Sicherheitskräfte im Kosovo

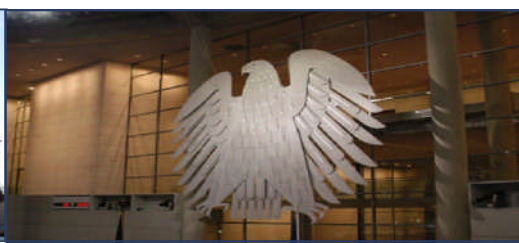
Auf Antrag der Bundesregierung haben wir ebenfalls in dieser Woche die Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo (KFOR) beraten, mit dem auch künf-

tig die Lage im Kosovo abgesichert werden soll. Die vereinbarte Personalobergrenze von bislang 1.850 Soldaten bleibt erforderlich, um auf Zuspitzungen der Lage reagieren zu können, wie zuletzt Ende März, als ca. 1.600 deutsche Soldaten vor Ort im Einsatz waren. Derzeit sind etwa 800 Soldaten vor Ort.



## Unterrichtung über Bologna-Prozess

Die vierte Unterrichtung der Bundesregierung über die Umsetzung des Bologna-Prozesses in Deutschland belegt eindrucksvoll das Gelingen des Bologna-Prozesses. Nie gab es mehr Studierende an deutschen Hochschulen – so haben 2011 alleine 515.000 Studienanfänger ihr Studium aufgenommen. Ohne die von den EU-Bildungsministern 1999 in Bologna beschlossenen Strukturreformen wäre dieser Ansturm an den deutschen Hochschulen kaum zu bewältigen. Mit dem Hochschulpakt 2020, für den wir von 2011 bis 2015 fünf Mrd. Euro an Bundesmitteln zu Verfügung gestellt haben, sorgen wir zusätzlich dafür, dass die Länder die zusätzlich benötigten Studienplätze überhaupt einrichten können. Erfreulich ist, dass wir so die selbstgesteckten Ziele weitgehend erreicht haben: Nicht zuletzt erhalten bereits jetzt neun von zehn Studierenden einen Master-Studienplatz sowohl an der Wunschhochschule als auch im Wunschfach. Die Länder melden, dass rechnerisch für jeden interessierten Bachelor ein Masterstudienplatz zu Verfügung steht. Zudem geht schon gegenwärtig jedem dritten Hochschulabschluss ein studienbezogener Auslandsaufenthalt voraus.



## Rede von Dr. Michael Fuchs in der Aktuellen Stunde am 9. Mai 2012

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Kollege Heil, ich habe mir erlaubt, die Titelseiten zweier englischer Zeitungen aus den letzten Jahren mitzubringen. Das eine war eine Titelseite der *BusinessWeek* im Jahre 2003. „The Decline of Germany“, der Niedergang Deutschlands. Das wird mit wem in Verbindung gebracht? Mit Gerhard Schröder und Rot-Grün. Das andere war Titelblatt von *The Economist*: „Europe’s Engine“. Das größere Rad auf dem Titelbild soll Deutschland symbolisieren. Die Räder, die sich in Europa drehen, drehen sich dadurch, dass die deutsche Wirtschaft wieder läuft. [...] Genau das zeigt die Situation, die wir gewollt und organisiert haben. Sie haben das nicht geschafft.

Ich gebe fairerweise zu, dass einige Ihrer Reformen durchaus sinnvoll waren; aber davon wollen Sie gar nichts mehr wissen. Sie versuchen, sich wegzuducken. Sie tun so, als hätten Sie mit Hartz IV nie etwas zu tun gehabt. [...]

Wir wollen des Weiteren festhalten, dass Sie mit einem gemeinsamen Beschluss, den wir unter Schwarz-Rot gefasst haben, nichts mehr zu tun haben wollen. Wir beide haben mit für die Einführung der Rente mit 67 gekämpft. Nun tun Sie so, als sei das alles ganz anders gewesen. Nun wollen Sie davon nichts mehr wissen. Stehen Sie doch zu Ihren Beschlüssen, die vernünftig waren und die dazu geführt haben, dass Deutschland heute Europe’s Engine ist.



Ich freue mich, [...] dass wir nach einem Schrumpfen der Wirtschaftsleistung um 4,7 Prozent im Jahr 2009 bereits ein Jahr später, also im Jahr 2010, wieder 3,7 Prozent Wachstum verzeichnen konnten und im Jahr darauf 3 Prozent. [...]

Freuen Sie sich doch mit uns, dass wir 41,2 Millionen Erwerbstätige in Deutschland haben; das hat es noch nie gegeben. So eine niedrige Arbeitslosenquote gab es noch nie.

Unter Gerhard Schröder gab es 5 Millionen Arbeitslose, jetzt gibt es 2,8 Millionen Arbeitslose. Ich freue mich, dass wir - das ist für mich das Allerwichtigste - die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Europa haben.

Darüber können wir uns alle freuen. Es gibt eigentlich nichts Schlimmeres, als wenn junge Menschen keine Hoffnung haben. Auch das Thema Schulabschluss müssen wir gemeinsam angehen. Wir müssen uns aber auch Gedanken machen, warum es gerade von diesen von Ihnen eben genannten Jugendlichen in einigen Bundesländern besonders viele gibt. Die meisten leben in Nordrhein-Westfalen; auch das gehört zur Wahrheit.

Es ist richtig, dass es uns gelingen muss, in Deutschland die Wertschöpfungsketten zu erhalten, und zwar von der Kunststoffindustrie bis zu den Hightechprodukten, die unsere Industrie produziert. Dazu gehört eine vernünftige Energiepolitik. Dazu gehört auch, dass das Denken in kleinen Nischen aufhört.

Es kann nicht sein, dass beispielsweise in Baden-Württemberg die Grünen verhindern, dass ein wei-



teres Pumpspeicherwerk gebaut wird. Dieses Speicherwerk ist dringend notwendig; wir brauchen es. [...] Es ist unsere Aufgabe hier im Parlament, nicht nur darüber zu reden, sondern auch dafür zu sorgen, dass diese Politik vor Ort umgesetzt wird. Da sind wir alle gefordert. Ich fordere Sie auf, mitzuhelfen.

[...] Wir haben im März die höchste Exportquote unseres Land in einem Monat verzeichnet: 98 Milliarden Euro; das hat es noch nie gegeben. Der Bundesverband Groß- und Außenhandel hat errechnet, dass wir in diesem Jahr voraussichtlich auf einen Gesamtexport von 1 124 Milliarden Euro kommen werden, also 1,124 Billionen Euro. Das sind 6 Prozent mehr als im letzten Jahr. Das ist die höchste Exportquote, die wir jemals hatten. [...] Darauf können wir stolz sein. [...]

(Die gesamte Rede finden Sie auch auf meiner Homepage unter [www.cdu-fuchs.de](http://www.cdu-fuchs.de))

## Aus dem Wahlkreis

### Für ein Jahr in die USA

Jetzt bewerben für das Parlamentarisches Patenschafts-Programm (PPP). Ziel des PPP ist es, jungen Menschen in Deutschland und den USA die Bedeutung freundschaftlicher Zusammenarbeit, die auf gemeinsamen politischen und kulturellen Wertvorstellungen beruht, auf anschauliche Weise zu vermitteln. Schülerinnen und Schülern sowie jungen Berufstätigen ermöglicht das PPP-Stipendium einen im Sommer beginnenden einjährigen Aufenthalt in den USA. Die Stipendiaten leben in der Regel in Gastfamilien. Die Schüler besuchen für die Dauer eines Schuljahrs eine amerikanische Highschool. Junge Berufstätige nehmen mit dem Programm am Unterricht eines Community Colleges oder einer vergleichbaren Bildungsstätte teil

und absolvieren ein Praktikum in einem amerikanischen Betrieb.

### Das Stipendium

Bundesweit stehen 360 Stipendien zur Verfügung. Das Stipendium umfasst die Reise- und Programmkosten sowie die notwendigen Versicherungskosten. Die Stipendiaten werden von erfahrenen Austauschorganisationen betreut, die seit vielen Jahren mit dem Deutschen Bundestag zusammenarbeiten.

### Die Patenschaft

Wir Bundestagsabgeordneten nominieren die Stipendiaten und sind Ansprechpartner, stellen unsere „Patenkinder“ der Öffentlichkeit im Wahlkreis vor, laden sie zu politischen Veranstaltungen ein, halten während der Austauschzeit Kontakt zu ihnen und helfen außerdem dabei, die amerikanischen Stipendiaten in der deutschen Wahlheimat zu integrieren.

Es würde mich daher freuen, wenn sich wieder viele junge Menschen aus meinem Wahlkreis für das PPP bewerben. **Bewerbungsschluss ist der 14. September 2012.** Weitere Informationen finden Sie unter: [www.bundestag.de/ppp](http://www.bundestag.de/ppp)

### Termine im Wahlkreis

- **11. Mai 2012** — Eröffnung Rhein-Museum
- **12. Mai 2012** — Hofschoppenfest Kronen-Hof, Rhens
- **15. Mai 2012** — Besuch Bundesanstalt für Gewässerkunde, Koblenz
- **16. Mai 2012** — Besuch der Berufsbildenden Schule Wirtschaft, Lahnstein
- **16. Mai 2012** — Besuch der Bienhornscheule, Koblenz



**Daten und Fakten****Niedrigste Arbeitslosenzahlen seit 20 Jahren**

Die Zahl der Arbeitslosen ist im April wieder unter 3 Mio. gesunken. Demnach waren im April noch 2.963 Mio. Menschen erwerbslos. Dies entspricht einem Rückgang von 65.000 Personen im Vergleich zum Vormonat (- 115.000 gegenüber dem Vorjahr). Die Arbeitslosenquote verringerte sich auf 7 %. Auch die Zahl der erwerbslosen Jugendlichen lag weiterhin auf dem niedrigsten Niveau seit der Wiedervereinigung. Zugleich nimmt die Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse in allen Bundesländern und in den meisten Branchen zu. Im April belief sich der Bestand an gemeldeten offenen Stellen auf 499.000, mithin 38.000 mehr als im Vorjahr. Besonders gesucht sind derzeit Fachleute in den Bereichen Mechatronik, Elektro, Energie, Metall, Maschinen- und Fahrzeugbau, Logistik, Gesundheit und Tourismus.

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

**Handel überwiegend über Straßen**

Etwa 57 % der Exporte im Handel mit anderen EU-Mitgliedstaaten wurden 2011 mengenmäßig im Straßenverkehr transportiert. Die Binnenschifffahrt bringt es auf einen Anteil von 8 %, fest installierte Transport-

einrichtungen wie Pipelines oder Stromleitungen auf 7 %, der See- und Schienenverkehr auf 6 %. Die Bedeutung des Lufttransportes war mit einem Anteil von unter 1 % zu vernachlässigen.

Auch bei den Importen dominierte mengenmäßig der Straßenverkehr (42 %), gefolgt von der Binnenschifffahrt (16 %). Seeverkehr (11 %) und fest installierte Transporteinrichtungen (9 %) belegen in ihrer Bedeutung den dritten und vierten Rang.

Beim Warenverkehr mit Nicht-EU-Mitgliedsstaaten hingegen dominierte auch 2011 der Seeweg, über den 63 % des deutschen Exportvolumens das Gebiet der EU verließen. Deutlich weniger Bedeutung für den Warentransport in Drittländer besaß der Straßenverkehr mit einem Anteil von 25 % an den Exporten. Mit dem Flugzeug verließen mengenmäßig nur 2 % der deutschen Waren die EU. Allerdings machten diese Güter einen wertmäßigen Anteil von 23 % des Gesamtexportes aus.

Importseitig erreichten 58 % der für Deutschland bestimmten Waren aus Drittländern mit dem Schiff die EU, 34 % kamen über fest installierte Transporteinrichtungen und nur 5 % über die Straße.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

**Impressum:**

**Dr. Michael Fuchs MdB**  
Bahnhofstraße 27  
56068 Koblenz

Telefon: 0261 - 9148090  
Telefax: 0261 - 9148099

[www.cdu-fuchs.de](http://www.cdu-fuchs.de)  
[michael.fuchs@bundestag.de](mailto:michael.fuchs@bundestag.de)

Bildnachweis:  
[www.pixelio.de](http://www.pixelio.de)

Textquellen:  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion,  
Deutscher Bundestag

